



Bearbeitet von: Herr Wieseahn
Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 01/01
(Einl-059-Si-Go-Erweiterung)
E-Mail: lars.wieseahn@lt.niedersachsen.de*

24. November 2020

59. Sitzung
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen,
Mittwoch, den 25. November 2020, 10.30 Uhr
Hannover, Erweiterungsgebäude des Landtages,
Leinstraße 30
- Sitzungsraum 1105 -

Hinweise: - Die Ausschussmitglieder werden gebeten, die Größe des Sitzungsraums im Hinblick auf die Abstandsmöglichkeiten auszunutzen.

- Die Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der Ausschusssitzung mittels Videokonferenztechnik teilzunehmen.
(§ 97 a GO LT)

Mein Schnellbrief vom 20. November 2020 - Az. w. o. -

Die Vorsitzende des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen lässt mitteilen, dass die Tagesordnung der o. a. Sitzung um den **neuen Tagesordnungspunkt 1 erweitert** wird und nun folgende Fassung erhält:

Tagesordnung:

- 1. Unterrichtung durch die Landesregierung über ein außerordentliches Vorkommnis in der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

hier: Entgegennahme der Unterrichtung

- Hinweis: -

Hinweis:

Das Justizministerium hat um die Gelegenheit zur Unterrichtung gebeten.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/4494

- Erste Beratung: 54. Sitzung am 10.09.2019
- federführend: AfRuV; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 GO LT: AfWAVuD, AfUEBuK

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

Klimaschutz in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/4495

b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - Nds. KlimaG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4499

- Erste Beratung: 54. Sitzung am 10.09.2019
- federführend: AfRuV; mitberatend: AfUEBuK; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT: AfHuF; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 GO LT: AfWAVuD

c) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - NKlimaG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4839

- Erste Beratung: 58. Sitzung am 23.10.2019
- federführend: AfRuV; mitberatend: AfUEBuK; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 GO LT: AfWAVuD

Hinweis:

Zu der Drucksache wurden die Vorlage 18 und die Vorlage 19 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes verteilt.

Zu a), b) und c):

- **Eingabe 01183/01/18** [Vorlage 1 zu a) und b), Vorlage 6 zu c)]
Forderungen zum Klimaschutz, Fridays-for-Future-Bewegung
- **Eingabe 00919/01/18** [Vorlage 2 mit Nachtrag 1 und Nachtrag 2 zu a) und b), Vorlage 7 zu c)]
Verwendung von Steuereinnahmen für Maßnahmen des Klimaschutzes

hier: Fortsetzung der Beratung

- Hinweis: -

Hinweis:

Der mitberatende Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz wird seine Beratungen am 23. November 2020 fortsetzen und ggf. abschließen. Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat um Stellungnahme zu den Eingaben gebeten; die Stellungnahmen sollten aus verfahrenstechnischen Gründen bereits in der Sitzung am 23. November 2020 abgegeben werden.

3. [Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/6914](#)

- Direkt überwiesen am 01.07.2020
- federführend: AfRuV; mitberatend: UAMedien; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT: AfHuF

hier: Aufnahme und ggf. Abschluss der Beratung

Hinweis:

Der Unterausschuss „Medien“ hat in seiner 34. Sitzung am 18. November 2020 die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf in der Drs. 18/6914 abgeschlossen. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen votierte der Unterausschuss dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: FDP

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/5633](#)

- Erste Beratung: 68. Sitzung am 29.01.2020
- federführend: AfSGuG; mitberatend: AfRuV; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT: AfHuF

hier: Durchführung der Mitberatung

Hinweis:

Der federführende Ausschuss empfahl dem Landtag in seiner 96. Sitzung am 5. November 2020 einstimmig, vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen und des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf im Hinblick auf die Auflösung der Fraktion der AfD für erledigt zu erklären.

5. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 \(Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -\)](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/7175](#) neu

- Erste Beratung: 83. Sitzung am 15.09.2020
- federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse

b) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024](#)

[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/7330](#)

- Gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 09.09.2020
- federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse

hierzu: Eingabe 01945/01/18

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter, Hipstedt
Betr. Forderungen zum Landeshaushalt 2021

Hinweis:

Die Eingabe ist als Vorlage 2 zur Drs. 18/7175 neu verteilt worden.

hier: Beratung der Eingabe

Hinweis:

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat in seiner 58. Sitzung am 4. November 2020 beschlossen, den Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ um eine Stellungnahme zu der Eingabe zu bitten. Der Unterausschuss wird darüber voraussichtlich in seiner 27. Sitzung am 24. November 2020 beraten

6. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung \(Niedersächsisches Parlamentsinformativgesetz - NPIG\)](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/4498](#)

- Erste Beratung: 55. Sitzung am 11.09.2019
- AfRuV

hier: Fortsetzung der Beratung

Hinweis:

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hatte zuletzt entschieden, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die in diesem Zuge eingegangene Stellungnahme wurde als Vorlage 1 zu dem Gesetzentwurf verteilt.

7. [Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung von Verbänden und der Öffentlichkeit bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7766](#)

- Erste Beratung: 89. Sitzung am 10.11.2020
- AfRuV

hier: Besprechung von Verfahrensfragen, Aufnahme der Beratung

8. [Reform des Sanierungs- und Insolvenzrechts - Zuständigkeit der Amtsgerichte für Insolvenzverfahren im Flächenland Niedersachsen erhalten!](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/7830](#)

- Erste Beratung: 90. Sitzung am 11.11.2020
- AfRuV

hier: Besprechung von Verfahrensfragen, Aufnahme der Beratung

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

- | | |
|-------------------------|--|
| Abg. Frau Tippelt | – als Vorsitzende des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zu TOP 2 a) bis 2 c) |
| Abg. Herr Miesner | – als Vorsitzender des mitberatenden Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zu TOP 2 a) bis 2 c) |
| Abg. Herr Wenzel | – als Vorsitzender des an der Beratung beteiligten Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu TOP 2 b), 3, 5 a) und b) |
| Abg. Herr Lammerskitten | – als Vorsitzender des mitberatenden Unterausschusses „Medien“ zu TOP 3 |
| Abg. Herr Ansmann | – als Vorsitzender des federführenden Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu TOP 4 |

- Kenntnis erhalten: -

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei und sämtliche Ministerien
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrage

Wieseahn